4. Einsatz der freizusetzenden Arbeitskräfte

- 4.1. * in anderen Betrieben/Bereichen
 4.2. * im eigenen Betrieb für
 4.2.1. — Inbetriebnahme von neuen Kapazitäten
 4.2.2. — Erhöhung des Anteils der mehrschichtig arbeitenden Arbeiter und Angestellten
 4.2.3. — Spezifische Aufgaben des Verantwortungsbereichs (Instandhaltung, Reparaturen usw.)

Mit den Planentwürfen schlagen die Ministerien und Kombinate in Abstimmung mit den Räten der Bezirke die großen Investitionsvorhaben vor, deren Arbeitskräftebedarf nur durch die Anwendung der Schwedter Initiative zur Einsparung von Arbeitskräften in großen Dimensionen gedeckt werden kann. Dazu sind Konzeptionen auszuarbeiten. Diese sind durch die Minister in Abstimmung mit den Vorständen der zuständigen Industriegewerkschaften zu bestätigen und mit dem Planentwurf an die Staatliche Plankommission einzureichen.

- 17.2. Zu Teil N Abschnitt 23 Unterabschnitt B Ziff. 3 Abs. 7 (S. 10):

Der Absatz wird wie folgt ergänzt:

Die Ministerien und Kombinate der Industrie, des Bauwesens, des Verkehrswesens, der Nahrungsgüterwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Wasserwirtschaft haben ausgehend von der langfristigen Entwicklung des Bereiches bzw. der Kombinate die sich aus der Freisetzung von Arbeitskräften ergebenden Auswirkungen auf die Berufs- und Qualifikationsstruktur zu berechnen und bei künftigen Bedarfsanforderungen zu berücksichtigen. Den Betrieben sind Orientierungen für die Entwicklung der Berufs- und Qualifikationsstruktur und für die Weiterbildung zu übergeben.

Die Betriebe haben bei der Ausarbeitung der Planentwürfe die Auswirkungen auf die Entwicklung des Bedarfs an Schulabgängern sowie der Berufsstruktur zu ermitteln.

Diese Auswirkungen sind mit den Räten der Bezirke bzw. Kreise abzustimmen. Die Ämter für Arbeit der Räte der Bezirke bzw. Kreise haben die Betriebe durch territoriale Arbeitskräftelenkungsmaßnahmen beim Wiedereinsatz freigesetzter Arbeitskräfte zu unterstützen.

- 17.3. Zu Teil N Abschnitt 23 Unterabschnitte Ziff. 1.2. Abs. 2 (S.16):

Der Absatz wird ab 3. Satz wie folgt neu gefaßt:

Bei der Ausarbeitung der Planentwürfe ist von der staatlichen Aufgabe Lohnfonds auszugehen. Dabei ist der zu planende Lohnfonds auf Grund von Veränderungen der Entwicklungsfaktoren des Durchschnittslohnes, darunter der Auswirkungen der leistungsorientierten Lohnpolitik, und der Entwicklung der Anzahl der Arbeiter und Angestellten zu präzisieren und mit dem Planentwurf nachzuweisen.

Für die durch weitere Initiativen der Werktätigen über die staatliche Aufgabe „Freizusetzende Arbeitskräfte (Pers.)“ hinaus freizusetzenden Arbeitskräfte wird eine zusätzliche materielle Stimulierung aus dem eingesparten Lohnfonds gewährt. Diese kann bis zu 50 % des Jahresdurchschnittslohnes je freigesetzte Arbeitskraft betragen. Die gleiche Regelung gilt für die Übererfüllung der staatlichen Planaufgabe „Freizusetzende Arbeitskräfte (Pers.)“.

In die staatliche Planaufgabe Lohnfonds werden die Mittel zur materiellen Stimulierung entsprechend der Anzahl der zusätzlich freizusetzenden Arbeitskräfte eingearbeitet. Die Inanspruchnahme der Stimulierungs-

mittel aus dem Lohnfonds darf nur in Höhe der tatsächlich freigesetzten Arbeitskräfte erfolgen.

Diese Mittel sind für die materielle Anerkennung höherer Arbeitsleistungen und Qualifikation der Werktätigen zu verwenden. Sie sind vor allem zur Weiterführung der leistungsorientierten Lohnpolitik entsprechend den zentralen Festlegungen in den Kombinat und Betrieben einzusetzen, die Arbeitskräfte über die staatlichen Aufgaben hinaus freisetzen.

Die Minister haben diese Mittel in Abstimmung mit den zuständigen Industriegewerkschaften und dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne entsprechend den Zielstellungen zur Freisetzung von Arbeitskräften auf die Kombinate aufzuschließen.

Bei den Festlegungen für die Höhe und den Einsatz der Stimulierungsmittel sind die Gesamtauswirkungen auf die Einkommensentwicklung der Werktätigen des betreffenden Kombinates insgesamt und im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Kombinat bzw. Betrieben und Produktionseinheiten zu berücksichtigen.

18. Zur Planung der Preise

Zu Teil N Abschnitt 26 Ziff. 5.6. Abs. 1 (S. 43) der Planungsordnung:

Die Auswirkungen der planmäßigen Industriepreisänderungen für 1981 sind von allen Lieferanten und Abnehmern entsprechend dem Geltungsbereich gemäß Ziff. 1 Absätze 3 und 4 für alle von planmäßigen Industriepreisänderungen betroffenen Erzeugnispositionen auf den Vordrucken 2705 und 2706 nachzuweisen. Grundlage für die Untergliederung der Erfassung der Auswirkungen planmäßiger Industriepreisänderungen bilden auf dem

— Vordruck 2705 die vom Amt für Preise herausgegebene „Liste der Preisänderungskoeffizienten für Industriepreise, die am 1. Januar 1981 geändert werden“;

— Vordruck 2706 die darin enthaltenden 3-Steller der ELN.

19. Zur Planung des Außenhandels und der Valutabeziehungen

Zu Teil O Abschnitt 29 Ziff. 4 Abs. 11 (S. 19) der Planungsordnung:

Für die Planung und Bilanzierung von NSW-Importen nach Versorgungsbereichen und Hauptverwendungszwecken werden gesonderte Festlegungen herausgegeben.

20. Zur territorialen Bilanzierung der Arbeitskräfte

- 20.1. Zu Teil P Abschnitt 30 Ziff. 3.1.2. (S. 7) und Ziff. 3.2. Abs. 2 (S. 11) der Planungsordnung:

Die Informationen über die erteilten staatlichen Aufgaben (Vordruck 0301) und die Informationen für die Komplexberatungen in den Bezirken (Vordruck 0391) sind um die Kennziffern

— Nettoproduktion 0509

— Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion bzw. Produktion des Bauwesens

— Freizusetzende Arbeitskräfte (Personen) 0914

zu ergänzen. Dazu sind die in den vorgenannten Vordrucken enthaltenen Leerzeilen (im Vordruck 0391 einschließlich Rückseite) zu verwenden. Von den Betrieben der Industrie, des Bauwesens, des Verkehrswesens, der Nahrungsgüterwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Wasserwirtschaft ist den Räten der Bezirke bzw. Kreise die Berechnung zur Sicherung der für die Leistungsentwicklung erforderlichen Freisetzung von Arbeitskräften durch intensivere Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens gemäß Ziff. 17.1. dieser Festlegung zu übergeben. Sie ist Bestandteil der territorialen Planabstimmungen.

* Als Betriebe gelten auch Betriebstelle, für die gemäß der Planungsordnung Teil P Abschnitt 30 Ziff. 6.2. Abs. 5 (S. 17) Bilanzentscheidungen zu erteilen sind.